

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Finanzvereinbarung zwischen Land und
Universitätsklinik zur
Parkraumbewirtschaftung im Neuenheimer
Feld: Vorschlag an die Landesregierung zur
Änderung der Vereinbarung**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	04.07.2012	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	25.07.2012	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Brief an die Landesregierung Baden-Württemberg zu adressieren, mit der Bitte, eine Möglichkeit dafür zu schaffen, dass analog zur Finanzierung des Grundbeitrags bei den Jobticketverträgen durch die Einnahmen aus der Parkaumbewirtschaftung bei der Universität Heidelberg, der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, dem Universitätsklinikum Heidelberg, dem Universitätsbauamt Heidelberg und dem Altklinikum Heidelberg eine Bezuschussung des Sockelbeitrags des Semestertickets ebenfalls durch die Einnahmen aus der Parkaumbewirtschaftung realisiert werden kann.

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
MO 1		Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern
MO 6		Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr
		Begründung: Eine zusätzliche Förderung des Semestertickets seitens der Landesregierung durch Mittel aus der Parkraumbewirtschaftung im Neuenheimer Feld kann zur Zielerreichung beitragen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

B. Begründung:

Aktueller Sachstand Semesterticket-Vertrag

Der zwischen den Vertragspartnern Studentenwerk Heidelberg, Universität Heidelberg sowie Pädagogischen Hochschule Heidelberg und VRN/URN GmbH abgeschlossene Vertrag in 2009 (Inkrafttreten: Wintersemester 2009/2010) hat eine Laufzeit bis einschließlich Wintersemester 2013/2014.

In diesem Vertrag wurden Preisobergrenzen pro Semester definiert, wobei der Verkaufspreis vom VRN festgelegt wird. Dabei ist im Folgenden der VRN berechtigt, den Preis des Semester-Tickets über die Preisentwicklung des MAXX-Tickets hinaus alle zwei Jahre bis zu den Preisobergrenzen zu erhöhen, wenn außergewöhnliche Kostensteigerungen bei den Verkehrsunternehmen dies erforderlich machen:

Wintersemester 2010/2011: 133,00 €
Wintersemester 2011/2012: 142,00 €
Wintersemester 2012/2013: 151,00 €
Wintersemester 2013/2014: 160,00 €

Aktuell lag der Betrag des Semestertickets für das Wintersemester 2011/2012 und das Sommersemester 2012 bei 138,00 € und damit deutlich unter der entsprechenden Preisobergrenze. Geplant ist eine Erhöhung zum Wintersemester 2012/2013 auf 141,00 € pro Semester.

Derzeit setzt sich die Finanzierung des Semestertickets aus den Beiträgen der Studierenden (Grundbeitrag aller Studierenden sowie Fahrpreis (=Semesterticket)) und der öffentlichen Zuschüsse, sogenannte Ausgleichszahlungen im Ausbildungsverkehr (§ 45 a PBefG) zusammen. Diese § 45 a - Mittel werden überwiegend vom jeweiligen Bundesland und nur geringfügig vom Bund an die Verkehrsunternehmen gezahlt.

Finanzierungsmodell: Parkraumbewirtschaftung und Jobticket

Seit 01.10.2007 wurde die Parkraumbewirtschaftung für nicht überdachte Stellplätze an der Universität, der Pädagogischen Hochschule, dem Universitätsklinikum und dem Universitätsbauamt im Neuenheimer Feld, in der Altstadt (inklusive Philosophenweg/Albert-Überle-Str./Mönchhofstraße) und Altklinikum eingeführt. Parallel wird für die Beschäftigten der Universität ein Jobticket angeboten.

Dabei wird der Grundbeitrag in Höhe von 8 € je Mitarbeiter und Monat durch die Erträge aus der Parkraumbewirtschaftung refinanziert. Das Jobticket wird von rund 35-40 % der Mitarbeiter in Anspruch genommen, was als Erfolg der Einführung des Jobtickets in Kombination mit der Parkraumbewirtschaftung zu werten ist. Der Jobticketanteil liegt hier verglichen mit anderen Institutionen und Firmen im Verbundgebiet vergleichsweise hoch.

Antrag 0036/2012/AN

Die Antragsteller BL/LI, SPD, Grüne/gen.hd schlagen vor, dass die Stadt Heidelberg aus oben genannten Gründen einen Brief an die Landesregierung Baden-Württemberg adressiert, in dem Sie diese bittet, eine Möglichkeit dafür zu schaffen, dass analog zur Finanzierung des Grundbeitrags bei den Jobticketverträgen durch die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung eine Bezuschussung des Sockelbeitrags des Semestertickets ebenfalls durch die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung realisiert werden kann.

Dies sei gerechtfertigt, da nicht nur Beschäftigte an der Parkraumbewirtschaftung teilhaben.

In der angedachten Finanzierungsvereinbarung soll kein Betrag festgelegt werden. Dieser soll im Rahmen von Verhandlungen der entsprechenden Beteiligten (siehe auch Vertragspartner Semesterticket) festgelegt werden können.

Die Antragsteller möchten dadurch die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem Studentenwerk und dem VRN verbessern.

Ziel ist es, die zu erwartenden Preiserhöhungen insbesondere nach Ende der aktuellen Vertragslaufzeit des Semesterticketvertrages ab 2014 auf einem moderaten Niveau zu halten.

gezeichnet

Bernd Stadel